

FRAKTION BÜRGERLISTE LEVERKUSEN  
Kölner Straße 34 • 51379 Leverkusen  
Tel. 0214-2027792 • Fax: 0214-2027793  
fraktion.buergerliste@versanet-online.de  
www.buergerliste.de



Leverkusen, den 4.12.2020

An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen,  
Herrn Uwe Richrath  
Büro des Rates

Bitte setzen Sie den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung des kommenden Rates am 14.12.2020 :

Der Rat der Stadt Leverkusen und seine Fraktionen/Einzelvertreter sowie ihre Parteien/politischen Organisationen organisieren zusammen mit anderen Gruppierungen unserer Gesellschaft - zunächst nur einmal in der Woche - an wechselnden Tagen und Uhrzeiten an den Autobahnauf- und -abfahrten der A1, A3 und A59 in Leverkusen und möglichst auch in den angrenzenden Städten und Gemeinden kleine, aber effektive mehrstündige Demos, um die Verantwortlichen in Bund und Land auf die A1/A3-Planungsverbrechen gegen die ganze Leverkusener Bevölkerung aufmerksam zu machen.

Begründung :

Die nun vom Bundesverkehrsministerium, auf Vorschlag des Landesverkehrsministeriums NRW - - Vorschlag : jeweils für A1 sowie A3 drei Varianten / alle Planungsvarianten des Landes, auch die dem Bund nicht zur Auswahl vorgeschlagenen drei Variantenprüfungen in Anlage - - beschlossenen Ausbauvarianten zur A1 und A3 sind ein klarer Verstoß gegen die im Grundgesetz - Artikel 2 - festgelegte körperliche Unversehrtheit jeder Bürgerin/jedes Bürgers, die durch den entstehenden Lärm von insgesamt ca.300.000 Fahrzeugen, insbesondere aber durch den höchst gesundheitsschädlichen

Feinstaub, der bei jeder Art der Motorisierung anfällt, in höchstem Maße missachtet wird.

Die extrem steigenden Gesundheitsschäden, die die Ärzte, speziell aber in Leverkusen, insbesondere im Bereich der Atmungsorgane sowie im Gehirn feststellen, werden durch die Verwirklichung dieser Planungen extrem gesteigert und verursachen enorme Gesundheitskosten, die eigenartigerweise bei diesen menschenverachtenden Planungen nicht einmal andeutungsweise berücksichtigt wurden. Ganz zu schweigen von dem Elend, das die Krankheiten bei den Betroffenen und ihren Familien verursachen.

Auf diesem Hintergrund müssen, nach all den bisherigen vergeblichen Bemühungen der Ratsgremien, nun besondere Maßnahmen ergriffen werden, um die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen sowie die Einhaltung der Grundlagen unserer Demokratie und das Grundgesetz zu verteidigen.

Barbara Trampenau      Karl Schweiger

  
i.A. ( Erhard. T. Schoofs )